

Mittwoch,
24. Juni 1914.

Das Posener Tageblatt
erscheint
an allen Verkäufen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierjährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 M.

Gernspr. Nr. 4246, 3110, 8249 u. 2273.

Nr. 290.

53. Jahrgang.

Mittag-Ausgabe.

Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Anzeigenpreis
für eine kleine Seite im
Anzeigenteil 25 Pf.,
Reklamenteil 80 Pf.,
Stellengefuch 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstelle
Tiergartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Announcebureaus.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Rücksendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbetet; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postamt für die Rücksendung beauftragt ist.

Ministerwechsel?

In sonst gut unterrichteten Berliner Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß außer dem Staatssekretär des Reichspostamts Kraette auch der preußische Handelsminister Dr. Sydow und, wie gemeldet, der preußische Justizminister Dr. Beseler von ihren Posten zurücktreten würden. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß diese Gerüchte nur bezüglich des preußischen Justizministers als zutreffend anzunehmen sind. Für den (möglichen) Rücktritts-Gefüllschuß Dr. Beselers dürfte seine Stellungnahme zu der Frage einer strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Demonstration bei dem letzten Kaiserhoch im Reichstag nicht ohne Einwirkung gewesen sein.

Der Ostmarkenflug.

23 Flieger in Königsberg.

Mit Ausnahme des Fliegers Lüther, der, wie schon gemeldet wurde, wegen Beschädigung seines Flugzeuges ausgeschieden ist, sind nun alle am Montag früh in Posen aufgestiegenen Flieger in Königsberg eingetroffen. Leutnant Serno landete Dienstag früh 5 Uhr 23 Min. von seiner Notlandstelle bei Insterburg, und Sureen, der nach seinem Aufstieg von Insterburg nochmals bei Tapiau eine Notlandung machen mußte, ist dort mittags wieder abgestiegen und um 2.43 Uhr in Königsberg gelandet. Es sind nun also folgende 23 Flieger am Endpunkt der zweiten Tagesstrecke eingetroffen: Hans, Schüler, Engwer, Freyberg, Sedlmayer, Schlüter, Krumfeld, Parshau, Lautsch, Langer, Behrens, Steffen, Steindorff, Linke, Karstedt, Kramm, Thornal, Grunewald, Reichert, Schäfer, Serno, Sureen und außer Wettbewerb Hiddeßen.

Von den zu Beginn des Fluges in Breslau abgeflogenen 28 Fliegern sind fünf ausgeschieden, nämlich Scherf und Edardt auf der ersten Tagesstrecke, Stieftbauer und Markgraf in Posen und Lüther auf der zweiten Strecke. Heute Mittwoch ist in Königsberg Ruhetag. Am Donnerstag beginnt der dritte Teil des Fluges, der als Aufklärungsübung von Königsberg nach Elßit und zurück nach Königsberg führt; von dort wird über Braunsberg, Elbing, Marienburg, Dirschau, Pr.-Stargard nach Danzig geflogen. Am Freitag folgt dann die Aufklärungsübung mit photographischem Wettbewerb bei Danzig.

Ein Nachspiel zur Wahl in Osterburg-Stendal.

Die „Kons. Korrespondenz“ schreibt:

Bekanntlich hat die Sozialdemokratie in der Stichwahl in Osterburg-Stendal für den nationalliberalen Kandidaten Wachhorst de Wente so gearbeitet, als wäre er ihr eigener Kandidat. Dass dies die Sozialdemokratie weder um der schönen Augen des Herrn Wachhorst de Wente willen noch aus besonderer Vorliebe für die nationalliberale Partei getan hatte, war ganz selbstverständlich. In der sozialdemokratischen Stichwahlparole wurde dafür die Erklärung abgegeben, daß Herr Wachhorst de Wente im seinen Wahlversammlungen hinsichtlich der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen Erklärungen abgegeben habe, „deren Inhalt den Sozialdemokraten genügt.“ Schon diese Angabe ließ durchblicken, daß Herr Wachhorst de Wente in irgend einer Weise sich den Sozialdemokraten gegenüber verpflichtet haben mußte. Den in dieser Beziehung von konservativer Seite aufgestellten Behauptungen trat aber die liberale Presse, insbesondere das Herrn Wachhorst de Wente nahestehende, in Berlin erscheinende Organ des Deutschen Bauernbundes scharf entgegen, und in wiederholten Erklärungen wurde jedwede Verbindung mit der Sozialdemokratie abgelehnt. In der Nummer 137 des „Deutschen Kurier“ vom 13. Juni d. J. wurde, offenbar im Auftrage des Herrn Wachhorst de Wente, bestimmt erklärt, daß Herr Wachhorst de Wente in keiner Versammlung irgend welche Erklärungen abgegeben habe, die eine Konzession an die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen darstellen könnten; es wurde ferner behauptet, daß Herr Wachhorst de Wente auch vor der Hauptwahl in keiner Rede auch nur um eines Haars Breite vom Programm der nationalliberalen Partei abgewichen sei und daß er mit keinem Sozialdemokraten weder im Wahlkreis Osterburg-Stendal, noch sonst wo irgend welche Abmachungen getroffen habe.

Noch sind nicht vierzehn Tage ins Land gegangen nach dieser feierlichen Erklärung, da ereignet sich etwas Sonderbares: Am letzten Sonntag hat in Stendal die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Stendal-Osterburg stattgefunden. Auf dieser ist auch ausführlich über die Reichstagswahl gesprochen worden. Bei dieser Aussprache hat nur der unterlegene sozialdemokratische Kandidat Beimann aus Magdeburg nach dem Bericht der sozialdemokratischen Magdeburger „Volksstimme“ vom 23. d. M. wörtlich folgendes geagt: „Im „Altmark“ und im „Deutschen Kurier“ hat es gehiezen, daß sich Wachhorst de Wente der Sozialdemokratie gegenüber mündlich noch schriftlich zu etwas verpflichtet habe. Ich will nur erklären, daß diese Mitteilungen unrichtig sind.“

Diese Erklärung des Herrn Beims bestätigt für uns nur das, was wir von vornherein angenommen hatten.

Albanien.

Die Lage in Durazzo.

Die Lage ist unverändert. Trotz des Waffenstillstandes sind die Verteidiger auf ihren Posten. Abgesehen von den unvermutet erfolgten Angriffen der Aufständischen hat sich bisher nichts nennenswertes ereignet. Die Lage in der Stadt Durazzo selbst ist gleich trittig. Ein Ausweg aus der Situation scheint überhaupt nicht gefunden werden zu können, außer, die Regierung bewilligt sämtliche von den Rebellen gestellten Forderungen. Selbst mit den der Regierung zur Verfügung stehenden Verstärkungen glaubt man nicht die Rebellen besiegen zu können, um so weniger, als auch die Rebellen den Waffenstillstand nur eingegangen sind, um Verstärkungen ihrerseits heranzuziehen und ihre Munitionsvorräte zu ergänzen. Von ihren Forderungen sind die Insurgenten nicht abgegangen. Keinesfalls hat sich die Lage des Fürsten gegen die letzten Tage in irgendeiner Weise verschlechtert.

Wie die Wiener „Militärische Rundschau“ meldet, erwägt man in albanischen Regierungskreisen ernstlich den Gedanken, die Residenz von Durazzo nach Skutari zu versetzen.

Die Niederlage der Regierungstruppen.

Über die letzte Niederlage der Regierungstruppen wird noch erzähligend gemeldet:

Nach einer Meldung des „Wiener A. A. Telegr.-Corresp.-Bureaus“ aus Durazzo am 22. Juni, abends 10 Uhr, heißt es, daß die Regierungstruppen am Semenifluß von den Aufständischen geschlagen wurden, wobei sie ein Geschütz und ein Maschinengewehr verloren.

Plakkommandant Major Kroon beabsichtigt, das gesamte buschige Gelände zwischen der Stadt und dem Nasbul, durch welches der Feind sich vor acht Tagen unbemerkt an die Stadt heranschleichen konnte, durch die Stadtbewohner planieren zu lassen, um einen freien Überblick bis über die Sümpfe zu gewinnen und dem Feinde jede Möglichkeit zu einer abermaligen Überraschung zu nehmen.

Am Sonntag ist in Durazzo Hauptmann Thomson eingetroffen, um die Leiche seines Bruders, des Obersten Thomson, in die Heimat zu befördern.

Bevorstehender Angriff der Rebellen auf Valona.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Nach dem Sieg, den die Aufständischen am Semenifluß über die Truppen des Fürsten Wilhelm davongetragen haben, wird jetzt allem Anschein nach ein Vormarsch gegen Valona geplant und es sind die notwendigsten Maßregeln getroffen worden, um Valona zu verteidigen. In Durazzo ist der Gedanke aufgetaucht, ob es nicht möglich sein würde, vorübergehend zwei der vor Durazzo versammelten Kriegsschiffe vor Valona erscheinen zu lassen.

Das Internationale Geschwader vor Durazzo.

Da die Flottendemonstration der Mächte vor Durazzo zunächst nur den Zweck hat, die Einmütigkeit „Europas“ in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Fürstentums Albanien darzutun und die Person des Fürsten gegebenenfalls zu schützen, haben, wie von diplomatischer Seite verlautet, die Kriegsschiffe der Mächte die Weisung erhalten, sich bis auf weiteres eines aktiven Eingreifens in die kriegerischen Verhältnisse zu enthalten. Von einem Vorgehen des englischen Kommandanten gegen die Bezugnahme des von der albanischen Regierung gecharterten österreichischen Dampfers „Herzegowina“ gegen die Rebellen in Berlin nichts bekannt, wie unser Berliner Vertreter mitteilt.

Der Bruder der Fürstin Sophie auf dem Wege nach Durazzo.

Der Bruder der Fürstin Sophie von Albanien, Fürst Günther von Schönburg-Waldenburg ist, nachdem er mit dem Wiener albanischen Gesandten Sireha bei am Montag längere Zeit konferierte, nach Durazzo weiter gereist.

Essad Pascha verschwunden.

Wie der Korrespondent des „Tempo“ aus Rom meldet, ist Essad Pascha plötzlich verschwunden. Man fragt sich, ob er, unter Verleihung der von ihm eingegangenen Verpflichtung, nicht etwa sich in Barletta oder Brindisi eingeschifft hat, um nach Albanien zurückzufahren.

Verhandlungen zwecks Gründung der neuen albanischen Staatsbank.

Wie die Wiener „Neue Freie Presse“ aus diplomatischen Kreisen erfährt, dürfen die in Paris zwischen den Vertretern der Großmächte und Großbanken geführten Verhandlungen über die albanische Staatsbank in kürzester Zeit beendet sein. Die Verhandlungen stehen bereits so günstig, daß die Gründung der albanischen Staatsbank als gesichert zu betrachten ist. Diese Staatsbank wird mit einem Kapital von 75 Millionen Franken gegründet, an dem sämtliche Großmächte gleiche Anteile haben. Österreich-Ungarn und Italien werden die Direktion der albanischen Staatsbank erhalten.

Wie weiter verlautet, wird dem Fürsten von Albanien ein weiterer Vorschuss von 4 bis 5 Millionen Franken gewährt werden.

Wegen Landesverrats

ist in Berlin ein Schreiber bei einer höheren Militärbehörde verhaftet worden; er hat zugestanden, Festungspläne an eine fremde Macht verraten. Es soll sich um Pläne einer an der Ostgrenze gelegenen Festung handeln. Die Behörden bewahren vorläufig Stillschweigen in dieser Angelegenheit, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist und man der Ansicht ist, daß noch weitere Personen als Mittäter in Frage kommen.

Vatermord.

Unter der Anklage des Mordes an seinem eigenen Vater hatte sich vor dem Schwurgericht zu München der 25 Jahre alte Michael Simet zu verantworten. Der Angeklagte lebte mit seinem Vater in der letzten Zeit fortwährend im Streit, weil der 47jährige Vater die Absicht hatte, noch einmal zu heiraten. Der Sohn, der das Anwesen des Vaters in Perchtoldsdorf übernehmen wollte, sollte nun dem Vater eine größere Abstandssumme zahlen, über die sich beide nicht einigen konnten. Eines Tages im November vorigen Jahres wurde nun der alte Simet in seiner Scheune erhängt aufgefunden. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß der Mann freiwillig in den Tod gegangen war. Die Beichenöffnung ergab jedoch, daß Simet erdrosselt und erst dann aufgehängt worden war. Als vermutlicher Täter wurde sofort der Sohn in Haft genommen. Er legte auch bald ein Geständnis dahin ab, daß er mit dem Vater in Streit geraten und in Notwehr, um dessen Angriffe abzuwehren, den Vater am Halse gepackt habe. Um einen Selbstmord vorzutäuschen, habe er dann den Vater aufgehängt. Bei dieser Darstellung blieb der Angeklagte bei seiner Vernehmung, obwohl er bei einer späteren Vernehmung in der Untersuchung eingestanden hatte, den Vater vorsätzlich und mit Überlegung getötet zu haben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur des Totschlags schuldig, worauf ihn der Gerichtshof zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte.

Homerule vor dem Oberhause.

Im englischen Oberhause brachte am Montag vor dicht besetztem Hause der Lord Geheimseigelpfleger Marquess of Tredegar ein Zusatzbill zur Homerulebill ein.

Hinsichtlich der Schwierigkeiten wegen der Provinz Ulster sagte er, je mehr er über den Gegenstand nachdachte, um so mehr überzeugte er sich von der

Lösung des religiösen Gegensatzes.

Das Bestehen von Befürchtungen infolge dieses Gegensatzes in Ulster ließ es geboten erscheinen, irgend eine Form der Ausschließung der von diesem Gegensatz Betroffenen von den Wirkungen des Homerule-Gesetzes vorzuschlagen. Der Minister betonte jedoch die Ungerechtigkeit, die darin liegen würde, daß man die ganze Provinz Ulster von Homerule ausnähme, und sagte, die Regierung habe daher in diese Zusatzbill Asquiths Vorschlag vom 9. März aufgenommen, wonach der Ausschluß grundsätzlich erfolgen sollte. Die Ausschließung von Homerule-Bill würde für sechs Jahre erfolgen und die Wirkung der Zusatzbill würde sein, daß Homerule-Bill auf die ausgeschlossenen Gebiete keine Anwendung finde und daß diese Gebiete keine Mitglieder zu dem irischen Parlament entsenden würden. Die Zusatzbill enthielt Maßnahmen für notwendige finanzielle und administrative Änderungen. Der Lord-Geheimseigelpfleger versicherte der Opposition, daß jeder Zusatzantrag die sorgsamste Überprüfung finden würde im Hinblick auf eine weitere Behandlung im Unterhause.

Lord Lansdowne gab seiner tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Zusatzbill lediglich die Vorschläge Asquiths enthalte. Der Prüfstein des Gesetzes sei nicht, ob sie die Opposition zufrieden stellen, sondern, ob es einen Bürgerkrieg abwenden würde. Die Regierung wisse sehr wohl, daß der Zusatz für diesen Zweck ungenügend sei. Immerhin sei er erfreut, daß die Regierung zugegeben habe, daß einige Anstrengung notwendig sei, um die Gefahr abzumindern; die Vorschläge kämen jedoch nicht den Bedürfnissen des Augenblicks entgegen.

Die Bill wurde hierauf in erster Lesung formell angenommen.

Zur Tagesgeschichte.

Geburtenstatistik.

Eine Verbesserung der Geburtenstatistik ist von der Reichsregierung geplant. Über eine Erweiterung der Geburtenstatistik, durch welche es ermöglicht werden soll, die wirklichen Ursachen des Geburtenrückgangs zu ermitteln, ist der Bund für Muttertum, Berlin beim Reichsamt des Innern in einer Petition vorstellig geworden. Danach soll die Verteilung der Geburten nach dem Lebensalter der Mutter, des Vaters und der Dauer der betreffenden Ehe, die Zahl der ehelichen, Fehl- und Totgeburten, die Krankheiten der Eltern, Stand und Beruf usw. ermittelt werden. Auf diese Petition, die kürzlich auch dem Abgeordnetenhaus vorgelesen und bei der Kommission die Absicht erweckt hat, daß Preußen die Angelegenheit im Bundesrat in dem beabsichtigten Sinne anregen könne, hat die

zuständige Behörde dem Bund für Mutter- und Kindheit, Ortsgruppe Berlin, unter dem 4. Juni d. J. folgende Antwort erteilt:

Auf Ihr vom Herrn Staatssekretär des Innern mir zur Beantwortung überlassenes Schreiben vom 9. April d. J. teile ich ergeben mit, daß eine Erweiterung der Reichsstatistik über Geschlechtungen, Geburten und Sterbefälle im Vorschlag gebracht worden ist; der Umfang dieser Erweiterung wird von der Entscheidung des Bundesrats abhängig sein. Zugleich möchte ich darauf ausmerksam machen, daß seit dem Jahre 1901 im Königreich Sachsen ein Teil der vom Deutschen Bund für Mutter- und Kindheit als wünschenswert bezeichneten Fragen standesamtlich erhoben und bearbeitet wird.

Kaiser Franz Joseph.

Nach endgültig getroffenen Dispositionen begibt sich Kaiser Franz Joseph am 27. d. Mts. zum Sommeraufenthalt nach Bad Ischl.

Drohende Revolution in China.

Der bekannte Revolutionär Sun-Wen hat die Leitung einer neuen revolutionären Bewegung übernommen und läßt im ganzen Lande in Massen Flugschriften verbreiten, in denen das Volk aufgefordert wird, jede Gemeinschaft mit Kuang-chiai und seiner Regierung zu lösen und zu den Führern der ersten Revolution zu halten. Sun-Wen verspricht demnächst die Fahne der neuen Revolution zu erheben und die gegenwärtige Staatsregierung mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Deutsches Reich.

** Kaiserlicher Erlass über die Frankfurter Universität. Der Kaiser hat nach den "Frankfurter Nachrichten" an den Oberbürgermeister a. D. Adelbert folgenden Erlass über die Frankfurter Universität kundgegeben:

"Aus Ihrem Bericht vom 4. Juni d. J. habe ich ersehen, daß die Zuwendungen zugunsten einer Universität in Frankfurt am Main die Möglichkeit geben, sie aus eigenen Mitteln zu errichten. Da auch im übrigen die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß im Winterhalbjahr 1914/15 mit dem Unterricht begonnen werden kann, will ich nunmehr die Universität zu Frankfurt am Main hierdurch in Gnaden errichten und genehmigen, daß sie in den Genüg der ihr zugewandten Rechte tritt.

Neues Palais, den 10. Juni 1914. Wilhelm R.

v. Trott zu Solz."

** Die Kolonialreise des Kronprinzen. Wenn der "Deutsche Kurier" in einer schon erwähnten Nachricht behauptet, die für dieses Jahr geplant gewesene Reise des deutschen Kronprinzen in unsere Kolonien sei unterblieben, weil dem Kaiser die Bürgehaft für die persönliche Sicherheit des Kronprinzen nicht genügend erschienen seien, und es werde jetzt der Plan für diese Reise in einer Weise umgearbeitet, daß den Bedenken des Kaisers nach jeder Richtung Rechnung getragen werde, so entbehrt das, wie unser Berliner Vertreter von bestimmter Seite erfährt, jeglicher Begründung. Die diesjährige Kolonialreise des Kronprinzen ist lediglich auf Mangel an Zeit für eine genügende Vorbereitung unterblieben. Was der "Deutsche Kurier" über eine Umarbeitung des Reiseplanes berichtet, beruht auf Erfahrung.

** Prinz Heinrich von Preußen gab in Kiel am Dienstagabend zu Ehren des englischen Vizeadmirals Sir George Warrender und der Kommandanten der in Kiel eingetroffenen englischen Schlachtkräfte und Kreuzer ein Essen, zu dem auch die anwesenden deutschen Flaggoffiziere geladen waren.

** Die in London weilenden Berliner Kaufleute sind am Dienstagabend vom Botschafter Fürsten Michnowski empfangen worden.

** Der diesjährige Verbandstag des Verbandes für Internationale Verständigung findet vom 10. bis 12. Oktober in Eisenach statt. Es werden u. a. der Kaiserliche Gesandte z. D. Reichstag (Berlin) über die politische Lage, Kirschsteiner (München) und Piloti (Würzburg) über nationale Jugendziehung, Rosenthal (Jena) über Presse und Internationale Verständigung und von Lütz (Berlin) und Dr. Rippold (Frankfurt a. M.) über die amerikanischen Schiedsgerichtsvorschläge referieren. In der großen öffentlichen Versammlung werden Prinz Schönthal-Carolath und Baron d'Estournelles de Constant sprechen.

** Heranziehung der bayerischen Industrie. Die bayerische Abgeordnetenkammer hat in der Montag-Abendssitzung einen Antrag des Zentrums, nach welchem die Staatsregierung bei den zuständigen Stellen des Reiches nachdrücklich danach hinweisen soll, daß Bayerns Industrie und Gewerbe mehr als bisher zu Lieferungen für Reichsbetriebe, besonders für die Marine herangezogen würden, mit Stimmen aller Parteien angenommen. Ferner nahm sie einen Antrag an, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dafür zu wirken, daß der Tarif für Militärtransporte (§ 50 der Militärexpressbahnoordnung) dahin geändert werde, daß erstens in das Eigentum der Marineverwaltung übergehende Wagenladungen den Militärwagenladungstarifen unterstellt und zweitens die Stückguttarife soweit ermäßigt bzw. gestaffelt werden, daß auch Industrie und Gewerbe Süddeutschlands sich an Lieferungen für die Marine beteiligen können. Während der Beratung hatte die Regierung darauf hingewiesen, daß das Reich den Wünschen Süddeutschlands schon verschiedentlich entgegenkommen sei.

Koloniales.

* Der dritte Internationale Kongress für tropischen Ackerbau ist im Londoner Kaiserlichen Institut eröffnet worden. Auf dem Kongress sind folgende Länder vertreten: Britisch-Indien, Ceylon, die Straits Settlements, Jamaica, Trinidad, Britisch-Guiana, Frankreich, Rhodesia, Ägypten, Australien, Deutschland, Italien, Belgien und Griechenland. Die Tagesordnung umfaßt Baumwollbau, Zuckerbau und Fragen der Butterherstellung in subtropischen Ländern. Professor Dunstan, der den Vorsitz führte, hielt eine Ansprache, in der er auf das Interesse hinwies, daß König Georg an der Arbeit des Kongresses dadurch beweise, daß er das Protektorat übernommen hätte. Er kündigte dann an, daß Lord Kitchener bei den Verhandlungen über die Verbesserung des Baumwollbaus den Vorsitz übernehmen werde.

Luftschiffahrt und Flugwesen.

Weltcupleistungen im Flugwesen.

Das Kuratorium der Nationalflugschule erlässt folgende Ausschreibung:

Deutsche Flugzeugführer, die auf in Deutschland hergestellten mit deutschem Motor versehenen Flugzeugen die zurzeit bestehenden Weltcupleistungen der höchsten erreichten Höhe und des

längsten ununterbrochenen Dauerfluges in einer von der Federation Aéronautique Internationale anerkannten Weise überbieten, erhalten 5000 Mark, wenn der Rekord sich zuvor in Händen eines deutschen oder zur Zeit des Rekordes in einem deutschen Unternehmen angestellten Flugzeugführers 10000 Mark, wenn er sich zuvor in Händen eines ausländischen nicht bei einem deutschen Unternehmen beschäftigten Flugzeugführers befand. Die Gesamtsumme der Preise wird auf 50000 Mark festgesetzt.

** Eine mißglückte Landung. Als Montagabend kurz vor 7 Uhr der Fliegerleutnant Teichmann mit seiner Rumpler-taube auf dem Flugplatz Johannisthal landen wollte, berührte ein Flügel seines Flugzeuges den Erdboden. Das Flugzeug wurde herumgeschleudert und sehr stark beschädigt. Teichmann erlitt eine Fleischwunde am linken Oberschenkel und wurde nach dem Garnisonlazarett Tempelhof gebracht.

Oesterreich-Ungarn.

* Erzherzog Franz Ferdinand ist nach Triest abgereist, von wo aus er sich morgen nach Bosnien begibt.

Australien.

* Die russischen Rüstungen. Die Reichsduma hat in geheimer Sitzung am Montag die für die Befreiungsmunition der Landesverteidigung notwendigen Geldmittel bewilligt.

Italien.

* Der Papst hat seine täglichen Spazierfahrten durch die vatikanischen Gärten am Dienstag früh wieder aufgenommen.

Portugal.

* Die Ministerkrise in Portugal. In Portugal gab es in aller Stille — die Republik versteht es ausgezeichnet, mischbare Nachrichten zurückzuhalten — eine Ministerkrise. Doch wird jetzt gemeldet, daß das Ministerium Bernardo Machado im Amt bleibt, und sich wie früher zusammensetzt. Nur die Finanzen übernimmt Santos Lucas und die öffentlichen Arbeiten Almeida Lima. Ministerpräsident Machado übernimmt interimistisch die Justiz.

22. Westpreußische Städetag.

N. Graudenz, 23. Juni.

Der heutige zweite Tag der Verhandlungen wurde mit Besichtigungen eingeleitet. Besucht wurde u. a. die Ostdeutsche Kunstaustellung, die gewerblichen Betriebe der Stadt usw. Die geschäftlichen Beratungen begannen um 10 Uhr.

Oberbürgermeister Kühnast-Graudenz sprach über

* Die Novelle zum Landesverwaltungsgesetz und die Städte.

Der Gesetzentwurf habe zwar das Herrenhaus bereits passiert, doch sei es im Abgeordnetenhaus noch nicht zur ersten Lesung gekommen. Es sei denn auch zweifelhaft, ob der vorliegende Entwurf überhaupt Gesetz werde. Der Redner gab dem eine Übersicht über die Bestimmungen, die für die Städte von Bedeutung sind, und damit diese sich darüber orientieren können, wie eine Änderung der bisherigen Bestimmungen erfolgen könnte. Die Neuregelung des Rechtsmittelverfahrens bezüglich der Kommunalabgaben ist wohl die bedeutendste. War die Klage im Verwaltungsstreitverfahren bisher beim Bezirksausschuss anzustrengen, so hat diese jetzt bei einer neu zu schaffenden Behörde, der Kammer für Abgabenachen zu geocohen. Eine solche Kammer ist am Ende jeder Regierung vorgesehen. Berufung gegen Entscheidung der Kammer ist beim Bezirksausschuss, die Revision beim Oberverwaltungsgericht ausläßig, jedoch nur dann, wenn der Wert bei einmaligen Abgaben 500 Mark und bei wiederkehrenden 200 Mark übersteigt. Dem Vertreter des öffentlichen Interesses bleibt aber die Revision unbeschrankt. Diese Einführung der Novelle. Man könne aber schließlich damit zufrieden sein, daß dem Vertreter des öffentlichen Rechts die Pflicht zur Einlegung der Revision in gewissen Fällen auferlegt sei. Weiter sind die Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen und Anwendung von Zwangsmitteln einer Neuerung unterzogen worden. So ist die Klage gegen polizeiliche Verfügungen im Verwaltungsstreitverfahren nicht mehr zulässig, sondern es findet nur Beschwerde beim Regierungspräsidenten statt, der die letzte Instanz ist. Allerdings ist gegen dessen Entscheidung die Klage beim Oberverwaltungsgericht gestattet. Die Gleichstellung der wegepolizeilichen Anordnungen mit den anderen ortspolizeilichen Verfügungen bedeutet mit einer wesentlichen Verbesserung des Rechtsmittelverfahrens. Die Anfechtung von Zwangsmitteln in jeder Art wird ebenfalls durch das neue Gesetz neu geregelt. Von Wichtigkeit ist ferner die Bestimmung, die eine Abänderung der Regelung des Verfahrens vor den Landesverwaltungsbehörden bedeuten. Die Einführung einer einheitlichen Frist für alle Rechtsmittel mit Ausnahme der für Abgabenachen ist hier besonders zu begrüßen. Die Frist beträgt 14 Tage. Weitere Erleichterungen sind auch für das Verwaltungsstreitverfahren getroffen worden. So sind zunächst die Erfordernisse der Klage gemildert. Der Antrag auf mündliche Verhandlung fällt fort, es tritt gleich die Klage ein. Die gleichen Bestimmungen gelten für die Berufungs- und Revisioninstanzen. Die Beschwerden im Verwaltungsstreitverfahren sind durch den Entwurf in zwei Arten geteilt, und zwar in solche, die das Verfahren und das Verfahren nicht betreffen. Die Kosten des Verfahrens sind weitestgehend erhöht worden. Das Verhältnisverfahren sieht neue wesentliche Abänderungen nicht vor. Neu ist die Bestimmung, daß den Beschluss eines Stadtausschusses nicht mehr dessen Vorsitzender, sondern der Bürgermeister aufsetzen kann. Bringt der Gesetzentwurf auch viele weitere Änderungen, so interessieren sie die Städte doch nur in geringem Maße. Sind auch die hier geschilderten, die Städte betreffenden Neuerungen nicht gerade wertvoll, so bringt der neue Gesetzentwurf doch wesentliche Verbesserungen in Bezug auf Beseitigung unnötiger Formvorrichtungen, ferner Vereinfachung des Verfahrens vor den Verwaltungsbehörden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß es sehr zu bedauern wäre, wenn der Entwurf der Novelle zum Landesverwaltungsgesetz nicht Gesetz werden würde.

Zum Anschluß an diesen Vortrag wurde auf Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Hassel-Thorn folgende Entschließung angenommen:

Der Städetag wolle beschließen, bei der Königlichen Regierung und dem Abgeordnetenhaus zu beantragen, in dem Entwurf einer Novelle zum Landesverwaltungsgesetz eine unabkömmlige richterliche Behörde vorzusehen, die in Abgabenachen als eine dem Bezirksausschuss übergeordnete Instanz zu entscheiden hat.

Bei Delegierten für den Preußischen Städetag 1915 in Hannover wählte die Versammlung Bürgermeister Hermannsberg-Rosenberg und Bürgermeister Jung-Lautenburg.

Den Kassenbericht erstattete der Kassenprüfer, Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Letten von Graudenz. Infolge der niedrigen Beiträge hatte die Stadthauptkasse Danzig dem Städetag einen Vorschlag von 2972 M. gegeben. Nach erfolgter Erhöhung der Beiträge für 1913 und 1914 sind in jedem dieser Jahre 3120 M. vereinbart worden. Nach Abzug aller Ausgaben ist ein Bestand von 650 M. vorhanden, so daß die Kassenverhältnisse jetzt wieder normale sind. Darauf wurde der beantragten Entlastung des Vorstandes zugestimmt.

* Die Städte und die Novelle zum Kommunalabgabengesetz behandelte darauf Stadtrat Dr. Deichmann-Danzig. Die jetzt vorliegende Novelle zum Kommunalabgabengesetz bedeutet zweifellos in mancher Hinsicht einen großen Fortschritt. Zunächst ist rein äußerlich Gelegenheit genommen, vielfach eine klarere Fassung der Bestimmungen herbeizuführen, um Auslegungszweifel zu beseitigen, auch ist auf neuere Gesetze Rücksicht genommen oder lediglich Vereinfachung oder Richtstellung des Wortlautes erfolgt. Vor allen Dingen verdienen eine ganze Reihe von sachlichen Verbesserungen ohne weiteres offene Anerkennung. Seit dem Erlass des Kommunalabgabengesetzes haben sich doch in der Praxis erhebliche Missstände und Lücken gezeigt. Der Entwurf sucht diese Mängel zu beseitigen und das Gesetz zu einem abgeschlossenen Ganzen auszubauen. Von den Neuerungen der Novelle auf dem Gebiete der Beitragserhebung ist zu erhoffen, daß diese Abgaben zukünftig in der Praxis die ihnen zufolgende wesentliche Rolle spielen werden, die ihnen bisher wegen der geringen Ausnutzungsmöglichkeit versagt war. Am meisten zu begrüßen ist die umfassende Reform der Gemeindeeinkommensteuer. Praktisch am bedeutendsten erscheint hier die abchließende Ausgestaltung des Nachbesteuerungsrechts in den §§ 83-85 a. Die von mancher Seite gewünschte gänzliche Beseitigung des Beamtenprivilegs ist nicht erfolgt. Von erheblicher Tragweite sind ferner die vorgesehenen Maßnahmen, die eine stärker Ausnutzung der Steuerquellen beweisen. Das Rechtsmittelverfahren ist vereinfacht. Der Vortragende gab die wichtigsten Anregungen des Vorstandes des Preußischen Städetages wieder, die umfangreiche Änderungen vorsehen. Die Wirkung der Novelle auf den Gemeindehaushalt wird allerdings kein befriedigendes Ergebnis zeigen. Die kleinen Mittel, die für die Gemeinde vorgeschlagen werden, sind sehr klein, ergiebigere neue Quellen werden nicht geschaffen. Der Redner ist der Meinung, daß man bei der Novelle trotz einer event. Petition nichts mehr erreichen werde, und daß man dies späteren Gesetzen überlassen müsse. Es gibt aber zum Schluß seiner Ausführungen dem Vorstand des Städetages die Anregung, das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Jahres zu legen, auf welche Weise ein Steuerausgleich zwischen den ärmeren und reicherem Gemeinden erreicht werden kann.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Scholz-Danzig wurde folgende Resolution

einstimmig angenommen:

Der Westpreußische Städetag stelle sich auf den Boden der Vorschläge des Vorstandes des Preußischen Städetages zum Kommunalabgabengesetz und bittet die Königliche Staatsregierung und die beiden Häuser des Landtags, ihnen zu entsprechen.

Über "Statistik der Gemeindesteuern und Volkschullasten der westpreußischen Städte"

sprach Bürgermeister Erdmann-Newstadt-Westpr. Er berichtete, daß die Statistik diesmal ein anderes Aussehen habe als bisher. Von statistischen Amtes der Stadt Danzig sind vier Tabellen aufgestellt worden, und zwar über Gebühren und gebührenähnliche Erhebungen, die Einkommensteuer, die indirekten Steuern, die direkten Steuern. An Gebühren usw. erheben Bürgerrechtsgebel 22 Städte, Marktstandsgelb 53 Städte, Baupolizeigebühren 36 Städte, Schlaggebühren 37 Städte. Der Betrag der Städteeinkommensteuer und singulären Normalsteuer nach Berücksichtigung des Beamtenprivilegs beträgt pro Kopf der Bevölkerung bis 2 Mark in 3 Städten, von 2 bis 5 Mark in 39 Städten, von 5 bis 10 Mark in 11 Städten, von 10 bis 15 Mark in 1 Stadt. An indirekten Steuern werden erhoben: Biersteuer in 47 Städten, Lustbarkeitssteuer in 51 Städten, Hundesteuer in 52 Städten, Umsatzsteuer in 50 Städten, Schankkonkurrenzsteuer in 17 Städten. An indirekten Steuern werden erhoben pro Kopf der Bevölkerung bis zu 1 Mark in 12 Städten, von 1 bis 2 Mark in 24 Städten, von 2 bis 3 Mark in 12 Städten, von 3 bis 4 Mark in 4 Städten, von 4 bis 5 Mark in 1 Stadt. Unter 120 Prozent Zusätzliche erhebt keine Stadt Westpreußens an direkten Steuern. Bis 200 Prozent Zusätzliche zur Einkommensteuer erheben 4 Städte, von 201 bis 250 Prozent 18 Städte, von 251 bis 300 Prozent 23 Städte, von 301 bis 350 Prozent 5 Städte und von 351 bis 390 Prozent 4 Städte. An Zusätzlichen zur Grundsteuer werden erhoben bis zu 200 Prozent in 19 Städten, 201 bis 250 Prozent in 26 Städten, 251 bis 300 Prozent in 8 Städten. Eine Stadt (Marienwerder) erhebt von bebauten Grundstücken 684 Prozent = 4,2% des gemeinen Wertes. An Gebäudesteuerzuschlag erheben 19 Städte bis 200 Prozent, 27 Städte von 201 bis 250 Prozent, 8 Städte von 251 bis 300 Prozent. Der Zusätzliche zur Gewerbesteuer beträgt in 20 Städten bis 200 Prozent, in 22 Städten 201 bis 250 Prozent, in 8 Städten 251 bis 300 Prozent. Während die Zusätzlichen zur Einkommensteuer bis 390 Prozent (Stuhm) ansteigen, gehen die Zusätzlichen zu den Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) nicht über 300 Prozent hinaus. Die Steuerbewegung gestaltet sich folgendermaßen: dieselben Steuerzölle behielten bei 31 Städten (Vorjahr 87). Alle Steuerzuschläge erniedrigten 8 Städte (Vorjahr 9), alle Steuerzuschläge erhöhten 11 Städte (Vorjahr 8). In 46 Städten wird die Einkommensteuer stärker herangezogen als die Realsteuer.

Bei den Vorstandswahlen

wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus Oberbürgermeister Scholz-Danzig (Vorsitzender), Stadtverordnetenvorsteher Büttner-Danckwitz (stellvert.), Stadtverordnetenvorsteher Münnsterberg-Danzig (Kassenführer), Bürgermeister Hartwig-Culmsee (Schriftführer), Oberbürgermeister Dr. Metternich-Elbing, Oberbürgermeister Dr. Hassel-Thorn und Bürgermeister Müller-Dietrich (Beisitzer) einstimmig wiedergewählt.

Als Ort des Städetages 1915

wurde Stargard gewählt, für 1916 hat Marienburg, für 1917 Marienwerder eingeladen.

Auf das

Begrüßungstelegramm an den Kaiser traf folgende Antwort ein: "Seine Majestät der Kaiser und König lassen den dort vereinigten Städtevertretern für die freundliche Begrüßung bestens danken. Der Geheime Kabinettssrat v. Valentini.

Automobil-Gesellschaftsfahrt Posen-Schlesien.

(Eigener Bericht des Posener Tageblattes.)

dr. Bad Altheide, 28. Juni.

Im Anschluß an die Ostmarken-Sternfahrt des Automobil-Klubs Posen nach Posen und als Beschluß der glänzend verlaufenen Posener Autotage wurde am Montag die große Gesellschaftsfahrt der ost- und mitteldeutschen Kartellklubs des R. A. C. zur Erledigung gebracht. Am Start, dem Oberschlesischen Turm in Posen, wimmelte es bereits am frühen Morgen von Automobilisten. Die Gesellschaftsfahrt nach Bad Altheide hatte die Rekord-Mennungsgesellschaft von 82 Fahrzeugen erhalten, die sich auf Clubmitglieder des Berliner A.-C., Brandenburger A.-C., Königlich Sachsischen A.-C., Oberlausitzer A.-C., Leipziger A.-C., Schlesischen A.-C., Ostdeutschen A.-C., Pommerschen A.-C. und A.-C. Posen verteilt.

Von

die sich bei der tiefen Autokarawane äußerst unangenehm bemerkbar machte. In allen Orten, selbst dem kleinsten polnischen Dörfchen, bildeten die Ortsbewohner Spalier und jubelten den Fahreln zu. Im schlesischen Gebiete wurden sogar Blumen und Straußchen in die Fahrzeuge geworfen. Besonders auf dem ersten Teil der Strecke (Posen—Kunislawitz—Trebnitz—Breslau) war die Zahl der Reissenschäden außerordentlich groß. Jümerhin erreichten mit einer Ausnahme alle Wagen das Ziel der ersten Etappe, Breslau. Über durch die Stadt gings bis zum Südpark. Hier wurde gefröhlt und um 2 Uhr nachmittags — nach zweistündiger Pause — die Weiterfahrt angereten. Herr A. Jaensch, Fahrwart des Schlesischen Automobilklubs, übernahm jetzt die Führung aus der vom Schlesischen A.-C. tadellos organisierten Strecke, die über Zing, Bobien, Lampabel, Reichenbach, Bolpersdorf, Mittelstein, Reinerz nach Bad Altheide führte. Um 5 Uhr traf der Überleitungswagen, dem die übrigen Fahrzeuge dicht auf den Fersen sahen, in Altheide ein. Das Automobilkorps überstieute im Nu alle Hotels und Logierhäuser und eine Unterkunft zu finden, bereitete manchem Schwierigkeiten. Im Kurhaus fand am Abend ein Dinner statt. Namens des Schlesischen A.-C. überreichte Geheimrat Hase dem A.-C. Posen ein Ehreneschenk. Kommerzienrat Paulus, Vorsitzender des A.-C. Posen, revanchierte sich mit einer Erinnerungsgabe. Herr Prinzen-Posen konnte im Verlaufe des Abends das Ergebnis der Gesellschaftsfahrt publizieren und den Vertretern des siegreichen Klubs die überaus kostbaren Ehrenpreise überreichen.

Die Preisverteilung.

Den 1. Preis erhielt der Berliner Automobil-Klub, den zweiten der Brandenburgische Automobil-Klub, den 3. der Schlesische Automobil-Klub, den 4. der Pommersche Automobil-Klub, den 5. der Leipziger Automobil-Klub, den 6. der Ostdeutsche Automobil-Klub, den 7. der Königlich Sachsen Automobil-Klub und den 8. der Oberlausitzer Automobil-Klub. Damit hatte die ausgezeichnet gelungene Veranstaltung, die den Beifall aller Teilnehmer fand, ihr Ende erreicht.

Am Dienstag regnete es. Das schlechte Wetter verhinderte die Automobilisten aber nicht abzuschrecken, den inoffiziellen Teil der Gesellschaftsfahrt über Bad Kudowa, Heimheuer nach Schreibervau im Niederschlesien zu absolvieren.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 24. Juni.

Kleingewerbliches Genossenschaftswesen.

Zur Förderung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens sind im Etat für 1914 40 000 M., das sind 10 000 M. mehr als bisher, ausgeworfen worden. Da dieser Fonds zur Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses dienen soll, wird er fortan im ordentlichen Etat erscheinen.

Wie wir erfahren, erhält der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften den größten Teil der ausgeworfenen Summe, deren Verwendung durch den Handelsminister kontrolliert wird. Der Verband legt auch jährlich seinen Etat und seinen Rechnungsschluss dem Ministerium vor. In den letzten Jahren sind dem Hauptverband etwa 25 000 bis 30 000 Mark gewährt worden. Für die Revision kamen 10 000 Mark zur Verwendung. Daraus ergibt sich, daß neben der Förderung des Revisionswesens eine Reihe anderer Aufgaben dem Reichsverband geblieben sind, darunter der Zusammenschluß der kleingewerblichen Genossenschaften zu Revisionsverbänden, die Beratung der Kleingewerblichen Genossenschaften bei ihrer Gründung, die Herstellung einer umfangreichen Statistik usw.

Der Charakter als Kommerzienrat ist dem Direktor der Hermann-Mühlen-A.-G., Hermann Rothold in Posen verliehen worden.

Der Charakter als Rechnungsrat ist dem Oberpostsekretär Beifuss in Hobenzalza verliehen worden.

Ordensverleihungen. Dem Pfarrer und Ortschulinspektor Saenger in Sobotka, Kreis Pleischen ist der Rote Adlerorden vierter Classe, dem Lehrer und Kantor Lestke ebenda der Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern, dem Kirchenältesten Besitzer Kampfum in Gogolinke, Landkreis Bromberg, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens, Landkreis Bromberg, dem kirchlichen Gemeindevertreter, Gemeindeschreiber, Landwirt Scholz in Gorzow Hauland, Kreis Pleischen, den Oberpostschaffnern a. D. Otter in Altenhof, Kreis Meißen, Schulz in Graudenz das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Postschaffner a. D. Kuge in Bentschen das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen worden.

Erledigte Obersörsterstellen. Die Obersörsterstelle Garlstorff im Regierungsbezirk Lüneburg ist zum 1. Oktober 1914 zu beenden. Bewerbungen müssen bis zum 15. Juli eingehen. Die Obersörsterstelle Destrich im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. Oktober zu beenden. Bewerbungen müssen bis zum 20. Juli d. J. eingehen.

Erledigte Rentmeisterstelle. Die Rentmeisterstelle bei der Königlichen Kreisstadt in Bielitz, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ist zu beenden.

Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh — 0,08 Meter, gegen — 0,14 Meter gestern früh.

Besitzwechsel in der Ostmark.

K. Strelno, 23. Juni. Das gegen 800 Morgen große Gut Fünfhöfen IV im Kreise Strelno ist für 281 000 in den Besitz des Gutsbesitzers Josef Vogt in Ostrowo übergegangen.

Moschin, 26. Juni. Am Sonnabend fand hier im Winklerschen Saale nach einem Vortrag vom Arbeitssekretär Bördner-Posen die Gründung eines Evangelischen Volks- und Arbeitervereins statt.

E. Jarotschin, 23. Juni. Nachdem schon gestern nachmittags ein heftiger Gewitterregen niedergegangen war, nützte uns heute früh gegen 4 Uhr ein sehr schweres Gewitter heim. Der Blitz schlug viermal hintereinander an verschiedenen Stellen ein, zündete jedoch nicht. Der westliche Teil unseres Kreises ist auch während der letzten Gewitterperiode ohne Niederschläge geblieben und leidet sehr unter der Trockenheit. — Jetzt ist das ehemalige Petrowsche Baumwollulgengebiet zur Bebauung freigegeben worden. Die Stadt hat einen Bebauungsplan aufstellen lassen, nach dem sich die Interessenten richten müssen. Gegenwärtig sind auf diesem Gelände die Offiziersspeiseanstalt und mehrere Villen im Bau.

Schwarzenau, 23. Juni. Festgenommen wurde hier gestern ein Mann, der gestohlene Sachen verkaufen wollte. Bei ihm wurden drei Herrenanzüge, ein Herren- und ein Damensamt, ein Panamahut, verschiedene Schmuckstücke und 15 Mark bares Geld gefunden. Die Gegenstände soll der Dieb bei einem Einbruch in das Schulhaus zu Bydgoszcz, Kreis Gnesen, erbeutet haben. Den Hut wollte er einem Bauern, der ihn auf seinem Wagen ein Stück mitnahm, für 1 Mark verkaufen, worauf dieser Verdacht schöpfte und die Polizei auf ihn aufmerksam machte. Bei dem Verbrecher wurden zwei doldartige Messer gefunden. Bei seiner Verhaftung sprang er durchs Fenster des Gasthauses, um zu entfliehen, doch wurde er von einem zufällig vorbeikommenden Reiter festgehalten.

K. Strelno, 26. Juni. Durch Blitzschlag brannte in Strelno ein dem Gutsbesitzer Sobieski gehöriger Schrein und eine Pressemaschine nieder.

np. Hohenalza, 23. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung stand auch die Übernahme von Hypothekenbürgschaft durch die Stadt für den Kommissionsrat Schwerenz und die Gartenstadt-Genossenschaft zur Veratung. Der Kommissionsrat

Schwerenz hat beim Kaiser-Friedrich-Denkmal zwei Häuser erbaut, die die Preußische Pfandbriefbank mit je 35 000 Mark beleiht will, aber fordert, daß die Stadt entsprechend einem früheren Magistratsbeschuß die Hypothekenbürgschaft übernimmt. Jedes der Häuser ist mit 58 000 Mark gegen Feuerschaden versichert. Die Gartenstadt-Genossenschaft baut zwei Doppelwohnhäuser, enthaltend 5 Zimmerwohnungen. Die bisher erbauten Häuser der Gartenstadt haben Provinzialhilfslasse und der preußische Staat beliehen. Der Minister des Innern hat die Beliehung dieser beiden Häuser abgelehnt, da die Wohnfläche der Wohnungen mehr als 90 Quadratmeter beträgt. Die zweite Hypothek will nun die Provinzial-Bürokratie beilehnen, wenn die Stadt die selbstbildnerische Bürgschaft übernimmt. Nach einer längeren recht lebhaften Aussprache wurde die Bürgschaftsleistung für den Kommissionsrat Schwerenz mit 18 gegen 12 Stimmen angenommen, dagegen die Bürgschaftsleistung für die Gartenstadt-Genossenschaft mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

d. Schneidemühl, 23. Juni. In Königsblick fand gestern das Sängerfest des Posener Provinzialbundes mit einem Waldfest seinen Abschluß, das uns das erste Freilichttheater in der Provinz Posen brachte. Schneidemühl's beliebter Märchenerzähler Adolf Motte hatte ein wunderbares Märchenstück erzählt und in Szene gesetzt, das eine sonnige Huldigung für Poesie, Musik und Volkslied in sich schließt. Zu vielen Tausenden fanden sich die Ausflügler in Königsblick ein, wo im Walde unter mächtigen, uralten Eichen die Freilichtbühne errichtet war. Die Aufführung war in jeder Beziehung mustergültig. Die Zuhörer bereiteten dem Komponisten lebhafte Ovationen. Das hervorragende Märchenstück wird sicherlich bald Allgemeingut des Volkes werden. Abends wurden vom Männerturnverein noch turnerische Vorführungen geboten und Leiterpyramiden gestellt. Über den Verlauf des ganzen Waldfestes herrschte nur eine Stimme des Lobes.

* Breslau, 23. Juni. Wegen Erbschaftsschwinds hat die Polizei eine Bedienungsfrau und deren Sohn festgenommen, denen es gelungen war, durch Vorpiegelung einer in Aussicht stehenden Erbschaft 5150 Mark zu erschwindeln. Sie gaben vor, in Amerika sei ihnen eine Erbschaft von 25 000 Mark zugeschlagen; zu ihrer Erhebung hätten sie erhebliche Postenvorschüsse zu leisten und zu diesen angeblichen Vorschüssen erschwindeln sie sich das Geld.

Aus dem Gerichtsstaate.

?? Bromberg, 22. Juni. **Schwurgericht.** Wegen Kindesmordes hatte sich heute die Kochmannsche Luise Stegmann zu verantworten. Das Urteil lautete unter Zustimmung mildester Umstände auf zwei Jahre Gefängnis. — Wegen Körperverletzung mit Todesfolge wurde der Pferdefiecht Boleslaus Laski aus Karolingen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte am 20. Dezember v. J. nach vorausgegangenem Streit dem Stellmacher Julius Block, einem älteren Manne, einen so heftigen Stoß versetzt, daß dieser hinsiel und sich einen doppelten Beinbruch zuzog, an dessen Folgen er gestorben ist.

* Gleisburg, 23. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den 28jährigen verheirateten russischen Arbeiter Frenczak zw. in einem Tode. Frenczak hatte am 28. Juli vorigen Jahres zwei in einem Stornello lagernde polnische Arbeiter mit einem Kanüpel erschlagen und beraubt. Obwohl der Mörder die Tat bis zum letzten Augenblick leugnete, erachtete das Gericht ihn dennoch für überführt.

* Karlsruhe, 24. Juni. Der Direktor der im Sommer vorangegangenen Jahren vertrachten Darlehnsbank Vermimpus Paris wurde wegen betrügerischen Bankrotts über zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Kaiser am Kaiser Wilhelmkanal.

Die "Hohenzollern" ging am Montag mittag auf die Reise von Brunsbüttelkoog, wo der Kaiser nachmittags an Bord ging. Die "Hohenzollern" lief um 5 Uhr in die neue Schleuse ein, vor der sie ein ausgespanntes Band unter den Hurrarufen der dort aufgestellten Arbeiter durchschnitt. Der Kaiser dankte freundlich von der Kommandobrücke. Durch das Einlaufen der "Hohenzollern" in die neue Schleuse, die der Kaiser gestern besichtigt hatte, wurde der fertige Kanal nunmehr dem Verkehr übergeben, und es ist den größeren Schiffen mehr als bisher die Möglichkeit geboten, den Kanal zu passieren. Der Hauptakt der Eröffnung folgt am heutigen Mittwoch bei Holtenau.

Der Kaiser ging bald nach 7 Uhr mit dem Kapitän und dem Kapitänspfeifer "Willkommen", geleitet von den Vertretern der Stadt Hamburg, des Norddeutschen Regattaver eins und der Hamburg-Amerika-Linie an Bord der Hamburger Dampfschiff "Viktoria Luise" und nahm dort an dem Regattamarsch des Norddeutschen Regatta-Vereins teil. Im Laufe des Mahles hielt Bürgermeister Dr. Schröder eine Rede. Dem Hoch auf den Kaiser folgte die Nationalhymne.

Der Kaiser erwähnte mit einem längeren Tröpfchen, in dem er zunächst für die Aufnahme dankte, die ihm von allen Seiten der Bevölkerung Hamburgs aufgeworben sei und die beweise, daß die herzlichen Beziehungen zwischen Hamburgs Bürgerschaft und ihm anfangen historisch und traditionell zu werden. Der Kaiser betonte dann seine Freude über die Entwicklung der Nation durch den Sport zu ernsten Leistungen und hob besonders die Wichtigkeit der Verbesserungen hervor, die große Masse auf ein hohes Niveau zu bringen und nicht die einzelnen erstklassigen Leistungen aus einem im allgemeinen niedrigen Niveau sich herauslösen zu lassen. Undem der Kaiser dann auf den Erfolg seiner Yacht hinwies und dies als einen Beweis für den Fortschritt und die Entwicklung der Technik während der langen Friedenszeit und gewissermaßen als Sinnbild des Friedens ansprach.

dankte er der Hamburg-Amerika-Linie für den Tag des Stapellaufes des "Bismarck".

auch ein Erzeugnis langer Friedenszeit. Die Hamburg-Amerika-Linie habe durch den Bau dieses größten Schiffes die Möglichkeit gegeben, einen

nationalen Festtag zu begehen, in dem alle täglichen Kämpfe verschwunden und alle Herzen der großen Zeit und der großen Männer dieser Zeit dachten.

An der jetzigen Generation sei es, das Überkommen in Spannung aller Kräfte zum Wohle des Vaterlandes weiter zu verwalten und so mit dem eisernen Kanzler sagen zu können:

"Wir Deutsche fürchten Gott und sonst absolut nichts und niemand in der Welt!"

(Sturmischer Bravo!)

Der Kaiser traf auf den Hamburger Staat, den Norddeutschen Regattaver ein und die Hamburg-Amerika-Linie.

Nach der Tafel fand die Preisverteilung für die Regatta statt.

Telegramme.

Der Kaiser bei der Eröffnungsfeier der Frankfurter Universität.

Frankfurt a. M., 24. Juni. (Privattelegramm.) Nach einer Mitteilung des Kultusministers an den Oberbürgermeister a. D. Adickes, den Vorsitzenden des Ausschusses der Akademie für soziale und Handelswissenschaften, wird der Kaiser der Eröffnung der hiesigen Universität am 18. Oktober d. J. persönlich beiwohnen.

Die russischen Rüstungen.

Petersburg, 23. Juni. Die Reichsduma hielt eine geschlossene Sitzung ab, in der 14 Vorlagen u. a. die Verlängerung der aktiven Dienstzeit der unteren Militärs des Landheeres um drei Monate, Geldmittel zum Bau strategischer Chausseen an der Westgrenze, Geldmittel zur schleunigen Verstärkung der Schwarzmeersflotte in der Periode 1914/17, angenommen wurden.

Barrikaden der Pariser Postbeamten.

Paris, 23. Juni. Unter den Postbeamten herrschte schon seit einiger Zeit Erregung, da der Senat die Erhöhung der Wohnungsentlastung für die Briefträger abgelehnt hatte. Um 7½ Uhr versammelten sich mehrere hundert Mann im Hauptpostamt, wo sie den Abgang der Postwagen verhinderten. Als die Polizei einschritt, kam es zu einem großen Auflauf.

Etwas 600 Briefträger verbündeten sich dann im inneren Hof des Hauptpostamts.

Die Post nach der Probe und dem Ausland konnte nicht abgehen. Um 1½ Uhr abends erschien der Postminister Thomson, der den Briefträgern versprach, sich für die vom Parlament noch nicht bewilligten Forderungen einzusetzen. Um Mitternacht verließen die Briefträger das Haus und der seit 5 Uhr nachmittags unterbrochene Postdienst widelte sich wieder normal ab.

Haussuchung in Toulouse in der deutschen Ordensschwindel-Angelegenheit.

Toulouse, 24. Juni. (Privattelegramm.) Die hiesige Staatsanwaltschaft hat gestern den Besuch einer Anzahl deutscher Justizbeamten empfangen, die beauftragt waren, eine Haussuchung bei einem hiesigen Bürger namens Jan Peres vorzunehmen. Die Angelegenheit steht mit den Entführungen des Abgeordneten Dr. Liebknecht über den Ordensschwindel in Deutschland in Zusammenhang. Jan Peres steht unter dem Verdacht, zusammen mit dem gleichfalls angeklagten Dr. Kuder gearbeitet zu haben. Kuder unter dem Namen Dobschiner oder Sainpon allerlei Ordensschwindel verübt hat, soll mit Peres im lebhaften Verkehr gestanden haben. Bei seinem Verhör erklärte er, von Dobschiner niemals etwas gehört zu haben, gab aber zu, mit einer Persönlichkeit, deren Namen er nicht näher angeben könne, im brieflichen Verkehr gestanden zu haben. Peres, der vor sieben Jahren eine internationale Akademie für Kunst und Wissenschaft in Toulouse gegründet hatte, gab weiter zu, der betreffenden deutschen Persönlichkeit mehrfach Doktor-Diplome usw. von seiner Akademie zugezähmt zu haben, und zwar für 35 Francs das Stück. Peres besitzt jedoch mit Entscheidung, welche Doktor-Diplome oder andere Auszeichnungen des Deutschen Reiches von Kuder empfangen zu haben. Die Haussuchung förderte ein sehr umfangreiches Material auf. Die deutschen Beamten nahmen zwei Kisten mit beschlagnahmten Dokumenten mit nach Berlin.

Unsichere griechisch-türkische Lage.

Athen, 23. Juni. Die "Agence d'Athènes" erklärt, daß die Lage angesichts der kriegerischen Vorbereitungen der Türkei immer noch unentschieden sei. Die Blätter sagen, daß nur die Erwerbung der amerikanischen Kriegsschiffe "Idaho" und "Mississippi" durch Griechenland einen Konflikt beenden könne.

Schwerer Unfall beim Bahnbau.

New York, 24. Juni. Beim Bau der Untergrundbahn in Brooklyn stürzte durch zu große Belastung eine Holzdecke ein und riß einen ungeheuren Kran mit sich in die Tiefe, wo fünfzig Arbeiter beschäftigt waren. Diese wurden zum Teil getötet, zum Teil durch nachstürzenden Sand und Steinmassen getötet oder schwer verletzt.

Carranzas Weigerung.

Neu-Orleans, 23. Juni. Nach einer Erklärung des Privatssekretärs Carranzas, der an der letzten Mission Carranzas nach Washington teilnahm, wird Carranza die Einladung der Vereinigten Staaten, Vertreter zu entsenden, die informell mit dem Vertreter Huertas zusammenkommen sollen zum Zweck der Wahl eines provisorischen Präsidenten Mexicos nicht annehmen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= Heiligenthal A.-G. in Stettin. Von der Verwaltung nahestehender Seite wird berichtet, daß die Dividende für 1913/14, die im Vorjahr 9 Prozent betrug, voraussichtlich eine Erhöhung erfahren wird, deren Höhe jedoch noch nicht feststeht. Die Bilanzprüfung findet am 4. Juli statt.

= Diskonterhöhung in Norwegen. Wie aus Christiania gemeldet wird, erhöht die Bank von Norwegen von Mittwoch ab den Diskont von 4½ auf 5 Prozent.

Zuckerberichte.

Hamburg, 23. Juni. nachm. 2,10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88°, Rendement neue Umsatz frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juni 9,25, für Juli 9,25, für August 9,35, für Oktober-Dezbr. 9,45, für Jan.-März 9,62½, für Mai 9,77½ Matt.

Hamburg, 23. Juni. abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Umsatz frei an Bord Hamburg für 50 Kilogr. für Juni 9,22½, für Juli 9,25, für August 9,37½, für Oktober-Dezember 9,47½, für Januar-März 9,65, für Mai 9,77½. Ruhig.

Paris, 23. Juni. (Schluß.) Rohzucker ruhig. 88% neue Kondition 31 a 30½. Weiger Zucker ruhig.

